

Mahnmal soll an Schulzentrum

Finanzierung durch Kühne + Nagel, Stadt und Spenden



DIESER SCHRIFTZUG WURDE IN DER VERGANGENEN WOCHEN AM KÜHNE + NAGEL-HAUS ANGEBRACHT.

Bremen. Zwischen Bremer Politik und Wirtschaft deutet sich nach monatelangen Gesprächen eine Einigung auf einen Standort für ein sogenanntes Arisierungsmahnmal an. Als Favorit gilt jetzt das Schulzentrum Grenzstraße, wie mehrere Beteiligte dem WESER-KURIER mitteilten. Ausgangspunkt der Debatte war eine Aktion der Zeitung „taz“, die für ein Denkmal auf dem Gelände des geplanten Neubaus von Kühne + Nagel eintrat und dafür Spenden sammelte. Diesen Standort lehnt das Unternehmen kategorisch ab, weil man in der eigenen Geschichte keine herausgehobene Verstrickung in die NS-Zeit erkennt. Kühne + Nagel will sich zu dem Themenkomplex bisher nicht öffentlich äußern.

Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) fordert, das Mahnmal als „ein Gemeinschaftswerk der bremischen Gesellschaft“ zu sehen. „Ich sehe mich vor allem in der Rolle des Vermittlers, der sich um eine Lösung der Standort- und Finanzierungsfragen bemühen will“, sagte er dem WESER-KURIER. „Das Mahnmal sollte sich nicht allein an die Wirtschaft oder an ein einzelnes Unternehmen richten.“ Mit Arisierung haben die Nazis die systematische Enteignung von Juden bezeichnet, von der auch Spediteure profitierten, weil sie die geraubten Waren transportierten.

Seit Monaten werden in kleiner Runde Standorte diskutiert. Dazu zählten zuletzt insbesondere das Gelände der geplanten neuen Berufsschule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr in der Überseestadt und das Gelände des Schulzentrums Grenzstraße im Westend, wo auch die Höhere Handelsschule beheimatet ist. Beteiligt an den Gesprächen waren neben Kühne + Nagel unter anderem das Bremer Logistikunternehmen BLG, die Bundesvereinigung Logistik mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, Thomas Wimmer, sowie Bürgermeister Carsten Sieling.

Der Standort in der Überseestadt sei inzwischen verworfen worden, weil das Denkmal dann frühestens im Jahr 2019 hätte errichtet werden können, heißt es aus der Runde. Man habe sich im Grundsatz auf den Standort Grenzstraße und auf eine Aufteilung der Baukosten geeinigt. Je ein Drittel sollen Kühne + Nagel und die Stadt beisteuern, das restliche Drittel durch bereits eingesammelte Spenden finanziert werden. Allerdings gibt es offenbar noch keine Einigung mit den Urhebern der „taz“-Aktion auf diesen Standort. Henning Bleyl, der die Initiative in Gang gebracht hatte, begrüßt die neue Diskussion. Auf seine Mitstreiter und ihn sei allerdings noch niemand zugekommen. Den Standort an der Grenzstraße lehne er aber ab. Ein Gedenken an der Höheren Handelsschule sei zwar ebenfalls sinnvoll, der Standort am Stammsitz von Kühne + Nagel aber wichtig: „Dort, an der Wilhelm-Kaisen-Brücke, hat das Unternehmen seinen Profit gemacht. Diesen Ort aufzugeben, halte ich für falsch.“

Beschluss soll im März vorliegen

In der Politik herrscht Sorge, nach der jüngsten Protestaktion könne der Wille bei Kühne + Nagel schwinden, sich zu einigen. Vergangene Woche war über neun Etagen in den Fenstern des Abbruchgebäudes von Kühne + Nagel zu lesen: „500 Schiffe / 735 Züge / 1942-1944 / Mehr als nur Dienstleister... / Gegen das Vergessen“. Die Urheber waren in das Gebäude eingedrungen, um den Schriftzug anzubringen. Hinzu kommen Befürchtungen, nun könne Kühne + Nagel die Unterstützung des geplanten Neubaus der Berufsschule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr zurückziehen. Rund 100 Azubis des Unternehmens besuchen die Schule an ihrem aktuellen Standort in Utbremen, das Gebäude gilt als marode.

Auch in der Kulturdeputation war das geplante Mahnmal am Dienstag Thema. Staatsrätin Carmen Emigholz sagte, dass sich verschiedene Unternehmen an dem Projekt beteiligen wollten – wenn man die Schuldzuweisung an einzelne vermeide und stattdessen die gesellschaftliche Verantwortung in den Fokus rücke. Die möglichen Standorte für das Mahnmal sollten nun noch einmal überprüft werden. In der nächsten Sitzung der Kulturdeputation am 14. März solle dann ein weiterer Beschlussentwurf vorgelegt werden. „Wir müssen jetzt die grundsätzliche Entscheidung treffen: Bleiben wir bei Kühne + Nagel in der Nähe, oder machen wir es anders?“, sagte Emigholz. „Wir sind bestrebt, so wie der Bürgerschaftsbeschluss es vorsieht, einen Vorschlag zu machen, der im Sinne aller Beteiligten einen Konsens darstellt – soweit es eben möglich ist.“ Dies beziehe die Politik genauso mit ein wie die breite Öffentlichkeit und die Wirtschaft. „Sorgfalt geht hier vor Eile“, sagte die Staatsrätin.

Robert Hodonyi und seine Parteifreunde von den Grünen sprachen sich in der Sitzung dafür aus, den Sitz von Kühne + Nagel als Standort zu wählen. Ähnlich äußerte sich auch Miriam Strunge (Linke). Ulf-Brün Drechsel (FDP) plädierte dafür, möglichst alle Interessensgruppen in die Entscheidung miteinzubeziehen. Auch die SPD sprach sich dafür aus, sich bei diesem wichtigen Thema für eine Entscheidung genügend Zeit zu lassen.
